

Information der betroffenen Personen (Teilnehmer) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Wahrnehmung einer Arbeitsgelegenheit

Verantwortlicher:

DG Mittelrhein gGmbH, Koblenz-Olper-Straße 39, 56170 Bendorf (Deutschland)
02622 892 1120, info@dg-mittelrhein.de, www.dg-mittelrhein.de

Gesetzlicher Vertreter:

Geschäftsführer Gerhard Rams, Tel: 02622 892 1160, E-Mail: gerhard.rams@dg-mittelrhein.de

Datenschutzbeauftragter:

David Große Dütting, Tel: 0251 92208-238, E-Mail: david.grosse-duetting@curacon.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Durchführung einer Arbeitsgelegenheit im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und den Teilnehmern

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses gemäß § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG erforderlich.

Kategorien von Empfängern und Personengruppen:

Öffentliche Stelle (Öffentliche-Stelle: Behörde, Organ der Rechtspflege, öffentlich-rechtliche Einrichtung des Bundes, bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und deren Vereinigungen gem. § 2 Abs. 1-3 BDSG. (bitte genauer beschreiben!))

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) gegenüber dem Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über die betroffene Person ist teilweise gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben.

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Die Durchführung einer Arbeitsgelegenheit ist nicht möglich.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.